Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

92 (18.4.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. III. 3385.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 92 | **Donnerstag, den 18. April 1935** | **106. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Im Völkerbundsrat wurde am Mittwoch die französisch-englisch-italienische Entschließung zum deutschen Schritt am 16. März bei Stimmenthaltung Dänemarks angenommen. Der Völkerbund spielte Ankläger und Richter zugleich. Die ursprünglich abseits stehenden Staaten Südamerikas, Spanien und Polen haben sich dem Druck der Großmächte gebeugt.

*

Dabei hat der russische Außenminister Litwinow eine unverschämte Rede gegen Deutschland gehalten.

*

Der Völkerbunds-Ausschuß zur Prüfung der Sanktionsfrage besteht aus Vertretern von 13 Staaten.

*

Im Prozeß gegen die Memelländer in Kowno haben sämtliche Verteidiger Kassationsklage eingelegt.

*

Auf den Bahrein-Inseln im persischen Golf wurden beim Almosenempfang durch eine Panik 75 Menschen zu Tode gedrückt.

Der Geburtstag des Führers wieder ein Festtag der deutschen Mutter

München, 17. April. Der stellvertretende Gauleiter Nippold teilte am Dienstag abend mit, daß der Geburtstag des Führers im Traditionsgau München-Oberbayern wie im vorigen Jahre nicht mit großen Feiern und Paraden, sondern auf echt nationalsozialistische Weise als Festtag der deutschen Mutter begangen werden soll. Im Kreise München allein werden etwa 14 000 Mütter im Alter von über 60 Jahren gefeiert und bewirtet werden.

Abschluß der deutsch-italienischen Wirtschaftsbesprechungen

Rom, 17. April. Die deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen sind abgeschlossen worden. Hierzu wurde folgendes gemeinsame Communiqué ausgegeben:

In Rom sind in diesen Tagen zwischen einer deutschen Abordnung und der italienischen Regierung Besprechungen geführt worden mit dem Ziel, zu vermeiden, daß durch die in beiden Ländern bestehenden Einfuhrsysteme eine Minderung der Höhe des gegenwärtigen Warenaustausches eintritt. Diese Besprechungen haben zu einem durchaus befriedigenden Ergebnis geführt. Es ist die Einsetzung eines deutschen und eines italienischen Regierungsausschusses beschlossen worden, deren Aufgabe es sein soll, die Entwicklung des Waren- und Zahlungsverkehrs zwischen beiden Ländern in enger Fühlungnahme ständig zu verfolgen und erforderlichenfalls in gemeinsamen Besprechungen etwa auftretenden Schwierigkeiten zu begegnen. Es ist ferner die Möglichkeit erörtert worden, daß die deutsche Regierung in gewissem Umfange die Transferierung privater Forderungen italienischer Gläubiger vornimmt. Die italienische Regierung ihrerseits hat mitgeteilt, welche Maßnahmen getroffen worden sind, um die ungestörte Abwicklung des deutschen Reiseverkehrs nach Italien sicherzustellen.

Weitere Ausschreitungen in Pomerellen

Danzig, 17. April. Wie erst jetzt bekannt wird, kam es in Nordpommerellen auch im Kreise Karthaus zu Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit. So wurde in Eggertshütte eine öffentliche Versammlung der Jungdeutschen Partei von Angehörigen des Schützenverbandes gesprengt. Die anwesende Polizei verhinderte weitere Ausschreitungen. In Pollenschin drangen mit Gewehren bewaffnete und uniformierte Mitglieder des Schützenverbandes sogar in eine Versammlung des Raiffeisenverbandes ein und machten die Weiterführung der Versammlung unmöglich. In beiden angeführten Fällen wurden die Vorsitzenden der deutschen Organisationen durch Drohungen gezwungen, eine Entschließung zu unterschreiben, in der für die Polen in Deutschland und Danzig die gleichen Rechte gefordert werden, die angeblich die deutsche Minderheit in Polen besitzt. In Neustadt wurde die Zeitungsausträgerin der „Danziger Neuesten Nachrichten" überfallen und ihr die Zeitungen zerrissen. Ferner wurden während der Uebungsstunde des evangelischen Kirchenchors, die unter polizeilichem Schutz stattfand, Fensterscheiben der Uebungsstätte eingeschlagen.

Deutsch-ungarische Besprechungen

Berlin, 17. April. In der Zeit vom 9. bis 16. April haben in Berlin die deutschen und ungarischen Regierungsausschüsse getagt. Die Tagung ist dazu benutzt worden, die laufenden Angelegenheiten des deutsch-ungarischen Waren- und Zahlungsverkehrs zu besprechen. Es ist zum Schluß der Tagung von beiden Ausschüssen mit Befriedigung festgestellt worden, daß für alle schwebenden Fragen Vereinbarungen gefunden werden konnten, die dem weiteren Ausbau der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen dienen.

Die Genfer Entschließung angenommen

Genf, 17. April. Nach einer kurzen geheimen Sitzung des Völkerbundsrates, die lediglich der Behandlung der abessinischen Frage gewidmet war, wurde in öffentlicher Ratssitzung die weitere Erörterung der **französisch-englisch-italienischen Entschließung zum deutschen Schritt** vom 16. März fortgesetzt.

Als erster Redner ergriff, wie erwartet, der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow das Wort. Er begann mit der Feststellung, daß gestern die Unterzeichner des Versailler Vertrages, die durch den deutschen Schritt unmittelbar berührt seien, gesprochen hätten. Sowjetrußland sei für Versailles nicht verantwortlich, aber als Mitglied des Völkerbundes und des Völkerbundsrates sei es durch die Verletzung des Völkerbundspaktes durch einen Staat, der noch Mitglied des Völkerbundes sei, ebenfalls berührt. Gewiß müßten alle Staaten für ihre Sicherheit sorgen. Man werde, wenn ein Staat sich Waffen anschaffe, zunächst annehmen, daß es zu defensiven Zwecken geschehe. Diese Annahme werde aber zweifelhaft, wenn die Waffen nicht zu Verteidigungszwecken, sondern offensichtlich zur Revanche und zu einer Gewaltpolitik bestimmt sein könnten, die die Sicherheit benachbarter Staaten bedrohe. Wenn ein Staat, der durch ein Staatsoberhaupt regiert werde, das unbegrenzte Eroberungsziele als sein Programm bezeichnet habe und das später von dieser Politik nicht abgerückt sei, dann sei eine andere Lage geschaffen **Deutschland habe keinerlei Garantien dafür gegeben, daß es an diesen Zielen nicht mehr festhalte.** Der sowjetrussische Außenkommissar stellte sodann die Frage auf, ob man vor derartigen Tatsachen die Augen schließen könne. Litwinow suchte sodann die „Gefährlichkeit" Deutschlands durch einen Vergleich zu demonstrieren. Er behauptete, daß, wenn in einer Stadt sich ein Individuum, das die Absicht kundgetan habe, die Häuser der Bürger zu zerstören, illegal Waffen besorgt habe und dann beruhigende Zusicherungen gebe, zweifellos keine Sympathien erzeugt würden. Litwinow stellte in Zweifel, ob man die Versicherungen eines derartigen angriffslustigen Individuums ernst nehmen könne, das fähig sei, sich über alle Gesetze hinwegzusetzen. (Hier zeichnete Litwinow, ohne es selbst zu wollen, den Durchschnittstyp des kommunistischen Revolutionärs.) Litwinow erklärte sodann abschließend, er wäre froh, wenn Deutschland hier anwesend wäre und die Gelegenheit ergreifen müßte, von seinem Programm der Revanche und der Eroberungsgelüste (!) abzurücken. Leider sei hierzu keinerlei Aussicht vorhanden.

Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärte der **portugiesische Vertreter**, daß er zwar der Ansicht sei, daß die Forderung der kollektiven Sicherheit in Europa nur dann möglich sei, wenn ein Vertragsbruch unmöglich gemacht werde, daß er aber dem Beschluß von Sanktionen sehr skeptisch gegenüberstehe. Besonders Maßnahmen wirtschaftlicher Art träfen oft beide Teile und verlören daher den Charakter einer Strafe. Im übrigen gehöre Portugal zu den Staaten, die es begrüßen würden, wenn gewisse Länder, die durch ihr Prestige und ihre Bedeutung einen wichtigen Platz in der europäischen Friedensorganisation einzunehmen berufen seien, zum Völkerbund zurückkehrten.

Der **australische Vertreter** erklärte, daß er für die Entschließung stimmen werde. Obwohl diese besonders auf europäische Probleme Bezug nehme, so sehe man doch auch in außereuropäischen Staaten mit Beunruhigung die Verschlechterung der politischen Lage in Europa. Die Entschließung nehme auf Tatsachen und auf Verpflichtungen Bezug, die außer Zweifel seien. Von der Annahme der Entschließung erhoffe er eine Beruhigung der internationalen Lage.

Der **spanische Vertreter Madariaga** wies darauf hin, daß der Völkerbundsrat viel mehr eine politische Instanz als ein Gerichtshof sei und daß daher nicht lediglich nach den Buchstaben vorgegangen werden könne, ohne den politischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Aus diesem Grunde habe er der unterbreiteten Entschließung vorzuwerfen, daß sie nicht genügend die politische Gesamtlage berücksichtige und der geschichtlichen Entwicklung Rechnung trage, die das Vorgehen der deutschen Regierung zur Folge hätte. Die spanische Delegation habe oft genug darauf hingewiesen, daß die Anwendung des Artikels 8 des Völkerbundspaktes unbedingt gefördert werden müsse. Wäre eine Abrüstungskonvention zustandegekommen, so würde man sich heute in einer wesentlich anderen Lage befinden. Die Schwierigkeit bei der Beschließung von Sanktionen sei die Frage des Augenblicks ihrer Anwendung. Wenn er gestern einige Zweifel über die vorgelegte Entschließung ausgedrückt habe, so werde das die spanische Delegation nicht daran hindern, die Realitäten zu berücksichtigen, denn Spanien könne sich nicht der Zustimmung zu einer Entschließung enthalten, in der gesagt sei, daß die Gewalt kein Recht schafft.

Die Vertreter **Mexikos, Argentiniens und Chiles** brachten übereinstimmend ihre Loyalität gegenüber dem Völkerbund zum Ausdruck und betonten, daß sie sich stets für genaue Innehaltung der gegenseitig eingegangenen Verpflichtungen eingesetzt hätten. Sie hoben jedoch besonders hervor, daß durch die vorliegende Erklärung, die auf Europa abgestellt sei, der weltumfassende Charakter des Völkerbundes nicht in Frage gestellt werde. Von allen drei Staaten werde der Entschließung zugestimmt werden.

Der dänische Außenminister Munch

erklärte daß er die letzten drei Paragraphen der Entschließung gern annehmen würde. **Es gebe aber einen anderen Abschnitt,** nämlich die Einleitung der Entschließung, der auf die historische Entwicklung Bezug nehme und **der über das deutsche Vorgehen vom 16. März ein Urteil fälle.** Ueber die Zweckmäßigkeit dieses Teiles habe er starke Zweifel. **Er befürchte, daß sein Inhalt auf die im Gang befindlichen internationalen Verhandlungen eine schlechte Einwirkung haben werde und daß die Schwierigkeit, aus dem Engpaß herauszukommen, in dem sich die internationale Politik augenblicklich befinde, dadurch noch erhöht werde. Er bedauere sehr, daß die Entschließung diesen Teil enthalte, da man dadurch aus dem allgemeinen Rahmen herausgetreten sei, Deutschland namentlich genannt und dem Rat somit die Rolle eines Gerichtshofes zuerteilt habe. Die Annahme dieses Teiles würde die Versöhnungsaufgabe des Völkerbundsrates beeinträchtigen. Er könne daher seine Zustimmung zu der Entschließung nur dann geben, wenn dieser Teil eine entsprechende Aenderung erfahre. So aber sei ihm das nicht möglich.**

Was die Frage der Sanktionen für zukünftige Vertragsbrüche anlange, so sei sein Land angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage damit einverstanden, dem Studium der Ausdehnung des Artikels 16 zuzustimmen, da die um sich greifende Nichtanerkennung internationaler Verpflichtungen somit zur internationalen Anarchie zu führen drohe. Seine Regierung lege jedoch großen Wert darauf, daß gleichzeitig mit der Vorbereitung solcher Maßnahmen neue Anstrengungen gemacht werden, dem Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten, der immer beängstigendere Formen annehme.

Der türkische Außenminister erklärte, daß internationale Verpflichtungen eingehalten werden müßten und daß er der Ratsentschließung zustimmen werde. In seiner Eigenschaft als Vertreter der Türkei hob der Ratspräsident sodann die Notwendigkeit hervor, das vorliegende Memorandum im Lichte der Verhandlungen von Stresa zu betrachten. Die Kleine Entente und der Balkanbund hätten bezüglich der Verhandlungen von Stresa bereits ihre Ansicht zum Ausdruck gebracht. Es liege ihm jedoch als Vertreter der Türkei daran, in diesem Zusammenhang gewisse Wünsche der Türkei bezüglich der die Türkei betreffenden militärischen Klauseln des Abkommens von Lausanne zum Ausdruck zu bringen, falls die kommenden Verhandlungen zur Aufhebung der militärischen Bestimmungen der Verträge von Neuilly und Trianon führen würden. Diese Anspielungen des türkischen Außenministers wurden jedoch sofort **von den Vertretern der drei Großmächte Italien, England und Frankreich in aller Form zurückgewiesen,** da sie mit dem gegenwärtigen Verhandlungsthema der Ratssitzung nichts zu tun hätten.

Nach diesem kurzen Zwischenspiel stellte dann der türkische Außenminister als Ratspräsident den französisch-englisch-italienischen Entschließungsentwurf **zur Abstimmung.** Hierbei meldete sich der **dänische Außenminister Munsk** erneut zum Wort und brachte zum Ausdruck, daß ihn die Ablehnung der drei Großmächte, die von ihm vorgeschlagenen Aenderungen an der Entschließung vorzunehmen, dazu bestimmen müßten, **sich bei der Abstimmung seiner Stimme zu enthalten.**

Vor dem Schluß der Sitzung ergriff **Litwinow** nochmals das Wort und erklärte, daß er der Beschränkung der Bestimmungen gegen Vertragsbruch auf Europa nicht zustimmen könne. Er sei der Ansicht, daß **solche Maßnahmen auch auf die übrigen Weltteile ausgedehnt werden müßten,** da sonst der Eindruck entstehe, daß die außereuropäischen Verträge ohne weiteres verletzt werden dürften.

Der englische Außenminister Sir John Simon erklärte dazu in ziemlich scharfem Ton, daß es nicht Sache der Ratsentschließung sei, die Aufgaben des einzusetzenden Ausschusses zu beschränken. Die besondere Erwähnung Europas in der Entschließung sei vollkommen erklärlich durch die Bedeutung, die die hier aufgeworfene Frage in erster Linie für Europa habe. Er könne einer Aenderung der Entschließung im Sinne der Wünsche Litwinows daher nicht zustimmen. Ziemlich erregt fügte er hinzu, man befinde sich hier vor einem praktischen Problem, das eine praktische Lösung verlange und das nicht mit leeren Formeln und Worten in ein so erweitertes Gebiet getragen werden könne, daß es daran wirkungslos zerschelle.

Kurz vor 1.30 Uhr wurde die von Frankreich, England und Italien eingebrachte Entschließung vom Völkerbundsrat bei Stimmenthaltung Dänemarks angenommen.

Der französische Außenminister erklärte, daß Frankreich dem Völkerbunde fest zugetan sei. Der Rat habe den Vertragsbruch ausdrücklich verurteilt. Er habe nun die angenehme Pflicht, dem Rat im Namen Frankreichs für die Erfüllung seiner Aufgaben zu danken.

Damit hat die Debatte über die französische Klage vor dem Völkerbundsrat ihren Abschluß gefunden.

*

Ausschuß zur Prüfung der Sanktionsfrage ernannt

Genf, 17. April. Der Völkerbundsrat hat in einer geheimen Sitzung den Ausschuß ernannt, der sich nach der angenommenen Entschließung **mit der Prüfung der Frage der Sanktionen gegen zukünftige Vertragsbrüche** befassen soll.

Der Ausschuß wird aus Vertretern folgender 13 Staaten bestehen: England, Kanada, Chile, Spanien, Frankreich, Ungarn,

Italien, Holland, Polen, Portugal, Türkei, Sowjetrußland und Südslawien.

Der Ausschuß wird baldmöglichst seine Arbeiten beginnen und soll dem im Mai zu seiner ordentlichen Tagung zusammentretenden Völkerbundsrat Bericht erstatten. Im übrigen hat der Rat den Beginn der ordentlichen Mai-Tagung vom 13 Mai auf den 20. Mai verschoben.

*

Das Urteil in eigener Sache

Zu Litwinows Agitationsrede

Zu der Rede, die der sowjetrussische Volkskommissar des Aeußeren, Litwinow, am Mittwoch vor dem Völkerbundsrat hielt, schreibt die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz" u. a.: Die Aufdringlichkeit des sowjetrussischen Auftretens in Genf hat mit der heutigen Erklärung Litwinows den Gipfel erreicht. **Man hat fast den Eindruck, daß der Sowjetkommissar sein Publikum verwechselt und in Genf die Rede gehalten hat, die er für den kürzlich veranstalteten Sowjetkongreß wahrscheinlich vorbereitet hatte.** Was allenfalls für die in der Sowjetunion vereinigten Völkerschaften geeignet gewesen wäre, wurde von ihm einem Gremium von Nationen vorgesetzt, das sich gern als die oberste Instanz der zivilisierten Welt betrachtet. Das ist charakteristisch für die Ungeniertheit, mit der die Sowjetunion mit dieser Instanz der „kapitalistischen Welt" umspringen zu können glaubt; es ist aber auch typisch für den Völkerbund, daß dort eine solche Rede gehalten werden konnte. **Litwinows kommunistische Agitationsrede gegen das nationalsozialistische Deutschland steht in einer Reihe mit den sonstigen von Moskau aus geförderten Umtrieben in der Welt, die eine systematische Bedrohung der anderen Staaten darstellen.** In Spanien, Südamerika, Indien, China, Japan und vielen anderen Ländern verrichten die Emissäre Sowjetrußlands ihre unterirdische Arbeit, das sich neuerdings in der Rolle eines Friedensgaranten gefällt. In der ganzen Welt muß ein Heer von Geheimpolizisten unterhalten werden, um die Moskauer Friedensstörer zu bekämpfen; selbst in Ländern wie der mit Rußland eng befreundeten Türkei hält man es für notwendig, jeden Moskauer Agenten unschädlich zu machen. Unter diesen Umständen, die Litwinow wohl selbst am besten kennt, gehört eine erstaunliche Kühnheit dazu, die Politik anderer Länder kritisieren zu wollen. Litwinow ironisiert ungewollt sich und seine Gesinnungsgenossen, wenn er den Vergleich gebraucht, daß ein Individuum, das in einer Stadt die Absicht kundgetan habe, die Häuser der Bürger zu zerstören, illegal Waffen besorgt habe und dann beruhigende Zusicherungen gebe, zweifellos damit keinen Eindruck machen würde. Das ist genau die Auffassung, die auch nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund in den weitesten Kreisen gegenüber diesem gewaltigen Komplex mit seinen unkontrollierbaren Ideen und Absichten und seiner starken Bewaffnung besteht. **Die unwidersprochn gebliebene Rede Litwinows war der bezeichnendste Auftakt zu der gefaßten Entschließung. Tatsächlich hat sich der Völkerbund ein Urteil in eigener Sache angemaßt. Mit ernster Sorge fragt man sich in Deutschland, ob das Genfer Vorgehen von Nutzen für weiteres Verhandeln sein wird.**

*

Abschied von Genf.

DNB. **Genf,** 17. April. Der englische Außenminister Simon hat Mittwochabend Genf verlassen.

Laval wird in den frühen Morgenstunden des Donnerstag aus Genf abfahren. Die Sitzung des französischen Ministerrates, in der er über seine Einigung mit Litwinow Bericht erstatten wird, wird am Freitag vormittag stattfinden.

*

Die Genfer Ereignisse im Spiegel der englischen Presse.

DNB. **London,** 17. April. Die Genfer Ereignisse finden in London einen außerordentlich starken Widerhall. Die Abendblätter veröffentlichen in größter Aufmachung spaltenlange Berichte; doch fehlt es aus zeitlichen Gründen einstweilen noch an Kommentaren. — Lediglich „Star" widmet der Entschließung des Völkerbundsrates einige Zeilen und schreibt, es sei wichtig, mit Deutschland Fühlung zu nehmen, um festzustellen, auf welcher Grundlage ein Abkommen erzielt werden könne. — „Liverpool Daily Post" erklärt, daß die französische Entschließung ein Element der Unstimmigkeit innerhalb der Ratsmächte erzeugt. Die Entschließung sei völlig zwecklos, denn niemand glaube, daß die angedeuteten Strafmaßnahmen jemals durchgeführt werden könnten.

Die Entschließung erscheine völlig ungerecht. Glücklicherweise brauche man nicht anzunehmen, daß die britische Regierung mit dem Vorgehen der Franzosen sympathisiere, obwohl England aus formalen Gründen für die französische Entschließung gestimmt habe. „Aber die Franzosen haben ihre Entschließung mit jenem Versailler Charakter ausgestattet, der seit dem Kriege soviel Unheil angerichtet hat".

Die Kopenhagener Blätter zur Genfer Abstimmung.

DNB. **Kopenhagen,** 17. April. Die beiden Kopenhagener Abendblätter bringen die Entscheidung des Völkerbundsrates über die französische Klage in großer Aufmachung. Gleichzeitig wird in großen Schlagzeilen hervorgehoben, daß Dänemark als einziger Mitgliedsstaat des Völkerbundes sich der Stimme enthalten habe.

„Ekstrabladet" legt auch besonderen Nachdruck auf die Erklärung Dr. Munchs, daß die Entschließung schädlich sei.

*

„Giornale d'Italia" zu der Annahme der Ratsentschließung.

DNB. **Rom,** 17. April. Die Annahme der französisch-italienisch-englischen Entschließung durch den Völkerbundsrat wird von der italienischen Presse ihrer bisherigen Haltung entsprechend mit Genugtuung als das unmittelbare Ergebnis der Dreierbesprechungen von Stresa bezeichnet. Das halbamtliche „Giornale d'Italia" weist besonders darauf hin, daß Laval im Rat von der Verantwortlichkeit des Völkerbundes gesprochen habe, und meint, daß die Ausführungen des italienischen und englischen Ratsmitgliedes die neue Zusammenarbeit voll zum Ausdruck gebracht hätten, die in der europäischen Politik einzusetzen beginne. Im übrigen stehe die Verurteilung der Vertragsverletzung in keinem Widerspruch zu der Politik der Zusammenarbeit, die Italien stets befürwortet habe. Italien habe immer die Revision bestimmter Teile des Friedensvertrages vertreten, diese Revision aber immer in dem Sinne verstanden, daß sie auf dem Wege freier Verhandlungen zu erfolgen habe.

*

Die französische Presse zum Genfer Abstimmungsergebnis.

DNB. **Paris,** 17. April. Die Abstimmung des Völkerbundsrates ist in Paris zu spät bekannt geworden, als daß die Abendblätter ihr bereits ausführliche Kommentare widmen könnten. In Kettenüberschriften bringen die Blätter jedoch das Ergebnis der Abstimmung zur Kenntnis der Oeffentlichkeit.

„Genf hat sein Urteil gesprochen", schreibt der „Intransigeant", während der „Paris Soir" den Bericht seines Außenpolitikers Sauerwein „Der Völkerbund hat einstimmig die Verletzung der Verträge und die Haltung des Reiches verurteilt" überschreibt. Die große Ueberraschung ist auch in Paris die Haltung des polnischen Außenministers. Sauerwein erklärt dazu, daß Becks Ausführungen vom Dienstag mißverstanden worden seien. Nachdem sich Polen für die Annahme der Entschließung ausgesprochen habe, stehe dem Aufenthalt Lavals in Warschau nichts mehr im Wege. Der französische Außenminister werde sich bemühen, dem französisch-polnischen Bündnis wieder einige Lebenskraft zu geben.

„La Presse" ist mit der ganzen Methode, die sich die französische Regierung zu eigen gemacht habe, nicht sehr zufrieden Sicherlich, so schreibt das Blatt, habe Frankreich vom rechtlichen Standpunkt aus Genugtuung erfahren. Man müsse sich aber fragen, ob eine Unterredung zu Zweien nicht andere Ergebnisse gezeitigt hätte. Frankreich habe Genugtuung erhalten, aber sein wahres Recht liege in seiner Macht. Wenn es mächtig sei, könne es verhandeln, besonders mit Deutschland. Es sei zu hoffen, daß Laval aus dieser Lehre seine Schlußfolgerungen ziehe.

„Journal des Debats" begrüßt es, daß die französische Regierung ihre Beschwerde vor dem Völkerbund gebracht hat. Es sei notwendig gewesen, daß die Vertragsverletzungen vom Völkerbund feierlich gerügt und mit einer so strengen Verurteilung beantwortet worden sei, daß sie das Reich nicht völlig gleichgültig lassen könne.

Fernand de Brinon schreibt in seinem Genfer Bericht in der „Information", daß Entschlußgeist und Energie ihre Früchte getragen hätten. Es sei aber notwendig, darauf hinzuweisen, daß Litwinow der französischen Denkschrift nur zugestimmt habe, weil es sich um die Verurteilung des Dritten Reiches handele. Die Verständigung und Zusammenarbeit der drei großen europäischen Staaten habe jedenfalls das notwendige Genfer Urteil sichergestellt. Wenn diese Zusammenarbeit für die Aufrechterhaltung des Friedens sich praktisch organisiere, worauf viele Anzeichen hindeuteten, so werde sie Wunder vollbringen.

*

Warum man vom üblichen Genfer Verfahren abging

London, 17. April. Der Genfer Sonderberichterstatter der „Times" behauptet in einer Meldung, die Entschließung der drei Stresa-Mächte vermeide durch ihre Form die ausdrückliche „Verurteilung der einseitigen Vertragsverleugnung durch Deutschland", die in Stresa ins Auge gefaßt gewesen sei. Dieser feine Unterschied sei nicht ohne Bedeutung, wenn man glaube, daß die Entschließung in ihrer jetzigen Form zwar dem Ernst der Lage entspreche, aber die Tür für eine mögliche Rückkehr Deutschlands nach Genf nicht schließe. Das übliche Verfahren, einen Berichterstatter für die Ausarbeitung einer Entschließung zu ernennen, sei nicht befolgt worden, da sich **niemand gefunden habe, der eine Entschließung habe befürworten wollen, die eine Verurteilung der künftig vielleicht stärksten europäischen Macht enthalten sollte.** Die Franzosen hätten sich ihrerseits nicht auf weitgehende Aenderungen ihres Wortlautes eingelassen. Sie seien einen Augenblick lang sogar bereit gewesen, die Entschließung allein einzubringen, was zur Uneinigkeit im Völkerbundsrat und zu späteren Vorwürfen hätte Anlaß sein können. Durch die Unterlassung einer „ausdrücklichen Verurteilung Deutschlands" sei es dann möglich geworden, der Entschließung die Unterstützung Frankreichs, Englands und Italiens zu sichern.

*

Schwedische Genugtuung über die Haltung Munchs in Genf

Einmütigkeit der nordischen Staaten über Frankreichs Heuchelei und Mißbrauch des Völkerbundes. — Volles Verständnis für Deutschlands Handeln.

DNB. **Stockholm,** 17. April. Die meisten schwedischen Blätter unterstreichen mit Genugtuung u. Befriedigung die mannhafte Haltung des dänischen Außenministers Munch in Genf, der sich als Sprecher der nordischen Länder der französischen Erklärung gegen Deutschland widersetzt habe. Durchweg bringen die Blätter hierbei zum Ausdruck, daß es den nordischen Ländern vor allen Dingen um die Stellung des Völkerbundes gehe, der durch die Politik der Großmächte, insbesondere Frankreichs, zu einem Instrument deren politischer Machtinteressen herabgewürdigt und mißbraucht worden sei. Nach „Eva Dagligt Allehanda" sei der Völkerbund von einer allgemeinen Organisation zur Aufrechterhaltung des Friedens zu einer einseitigen politischen Machtgruppierung umgewandelt worden. Die Großmächte, die sich hinter die französische Erklärung gestellt hätten, hätten somit auch Stellung gegen den Völkerbund genommen, zum mindesten aber gegen die Idee, die diesem Verbande zugrunde liegen soll. Das Urteil über den deutschen „Vertragsbruch" sei ein Urteil über den Völkerbund, der ein Areopag für den Ausgleich von internationalen Interessengegensätzen sein soll. Diese Versailler Methoden hätten dem Völkerbund den letzten Rest seines Prestiges geraubt. Ankläger und Richter hätten von derselben Tribüne gesprochen, wobei der Angeklagte nicht einmal eingeladen worden sei, sich zu verteidigen. Es habe sich diesmal weder um Recht noch um Gleichheit gehandelt. Was in Genf geschehen sei, das sei der Aufbau eines gegen Deutschland gerichteten Allianzsystems gewesen. Das habe aber nichts mehr mit den internationalen Rechtsgrundsätzen zu tun. Das Verhalten der Großmächte in der Abrüstungsfrage, insbesondere im Hinblick auf Deutschland charakterisiert das Blatt mit dem bekannten biblischen Spruch vom Splitter und dem Balken im Auge. Fast dieselben Gedanken werden auch im Leitartikel des „Aftonbladet" vertreten. Auch hier heißt es, daß man mit größter Zufriedenheit und Würdigung die Haltung der nordischen Staaten zur französischen Erklärung zur Kenntnis nehme. Die französische Erklärung habe nach Meinung des Blattes keinen anderen Zweck, als mit heuchlerischer Sophistik die demütigenden Bestimmungen von Versailles gegen Deutschland erneut aufrecht zu erhalten. Indessen sei im Friedensvertrag von Versailles nicht die geringste Spur von Gerechtigkeit und Heiligkeit zu finden. Der Versailler Vertrag sei vielmehr eine Anwendung des Faustrechtes, das in unversöhnlichem Kampf mit der Gerechtigkeit liege. Im Hinblick auf einen solchen Friedensvertrag und des Verhaltens der Großmächte nach dem Grundsatz des zweierlei Maß sei es Deutschlands moralische Pflicht als Nation gewesen, diese unwürdige Bestimmung abzuschütteln. Wenn Wehrpflicht eine Kriegsgefahr bedeute, um wieviel mehr seien dann die erhöhten Rüstungen Frankreichs, Italiens und Sowjetrußlands eine Kriegsgefahr? Die Forderungen, die diese Mächte Deutschland gegenüber stellten, bezeichnet das Blatt als kindliche und alberne Ansprüche und zählt hierbei all die Versäumnisse wie inbezug auf Wilna, Memel und andere auf. Die nordischen Außenminister handelten gemäß der wirklichen Aufgabe des Völkerbundes und täten das, was Vernunft und Anständigkeit erforderten.

„Stockholm Tidningen", das in seiner Stellungnahme die gleichen Gedanken zum Ausdruck bringt, findet es vor allen Dingen überraschend, daß auch Englands Außenminister für die Annahme der französischen Erklärung eingetreten sei, obgleich er ja bis jetzt den Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund gewünscht habe.

Glocken aus der Tiefe

Roman von K. A. Harth.

Urheber-Rechtsschutz: Mitteldeutsche Roman-Korrespondenz, Leipzig C1

20. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

„Zwei Tage," antwortete Rolf gleichmütig und vollendete nach einem tiefen Atemzug mit erhobener Stimme: „Aber der Inselalte täuscht sich, wenn er glaubt, mich einschüchtern zu können! Ich bleibe hier, nun erst recht!"

„Das freut mich," sagte Brinkmann trocken. „Und Helga Herold," er zwinkerte mit den Augen, „wird wohl auch nicht gerade böse sein, wenn sie es erfährt, wie?"

Diesmal wurde Rolf Hartung der Antwort enthoben, denn wieder ging die Tür auf, und Beate Brinkmann, die Frau seines neuen Bekannten, kam herein.

Sie trug einen enganliegenden Tuchrock mit gelbseidener Bluse, deren loser Behang halb die gepflegten Arme verdeckte. Den Hut, schwarz wie ihr Haar, mit brennend roter Blume im Strohgeflecht, hielt sie in der Hand.

Lächelnd trat sie zu ihrem Mann, der sich mühte, seinen derben Manieren einen weltmännischen Anstrich zu geben. Wenigstens hastete er nach ihrer Hand, um sie zu küssen, aber sie gab ihm einen Klaps und lachte leise dazu.

„Hast du angenehme Gesellschaft gefunden, Karl?" fragte sie im Hinblick auf Rolf, der sich erhob und vor ihr verneigte. Die Sprache und Anmut ihrer Bewegungen verrieten das Großstadtkind aus gutem Haus.

„O ja," auch Brinkmann stand nun auf, „das ist ein Sohn von Johannes Hartung, weißt du, mit dem ich in Hamburg gedient habe. Und dies, junger Mann, ist meine liebe Frau Beate."

Beide streckten sich unwillkürlich die Hand entgegen. Frau Beate drückte sie herzlich, ihre schwarzen Augen forschend auf Rolf gerichtet.

Auch für ihn hatte sie ein gewinnendes Lächeln, das ihre etwas unregelmäßigen Züge verschönte.

„Nachdem ich bereits viel Gutes über Sie gehört, werde ich mich freuen, Sie bald einmal auch auf Lindenhof willkommen heißen zu können."

„Da muß ich doch energisch protestieren!" wandte Brinkmann ein. „Ich habe doch bestimmt noch nichts Gutes von ihm erzählt."

Frau Beate hing sich schmeichelnd in seinen Arm:

„Alter Brummbär! Du nicht, aber meine Freundin Helga."

Dabei sah sie Rolf an, der über und über rot wurde.

„Meine Freundin Helga...", echote ihr Mann. „Ach so, na dann darf ich mich wohl anschließen: Ein ganz verflixter Junge ist das, mit allen Wassern gewaschen, erst zwei Tage hier und kennt — wenn er auch auf Lindenhof war — nicht mehr und nicht weniger als die gesamte Insel! Wilm Karsten ist sein Freund, Klaas Sörensen liebt ihn so, daß er ihm sogar schreibt, Hein Tedjen — —"

„Hat ihm Quartier bei seiner Mutter verschafft, ich ziehe heute dort ein," ergänzte Rolf humorvoll.

„Jawohl, und mit der blonden Karin geht er spazieren, na, und mit Helga — —"

„Du bist beinahe so indiskret wie ein Detektiv, Karl," unterbrach ihn seine Frau lachend, und mit einem mütterlichen Blick auf den schlanken jungen Mann fürgte sie hinzu: „Ich habe auch Helga eingeladen. Sie hat Erlaubnis, morgen früh schon zu uns herauszukommen. Wenn Herr Hartung Wert darauf legt, können wir uns nachmittags gemütlich zum Kaffee versammeln?"

„Und ob er Wert darauf legt!"

Brinkmann faßte Rolf schmunzelnd an der Schulter, der Frau Beate Dank und Zusage aussprach.

„Denn so wollen wir uns morgen mal des Näheren über Papa Hartung unterhalten, meine ich. Ich werde mich jetzt um Klaus Grünwald bemühen und die Siebensachen, die wir mitnehmen wollen. Du, liebe Beate, siehst vielleicht einmal nach Karin?"

Besorgt fragte Frau Beate:

„Nach Karin? Ist sie denn krank?"

Eben wollte Brinkmann stirnrunzelnd eine längere Ansprache halten, aber Rolf kam ihm mit der Antwort zuvor:

„Sie liegt auf ihrem Zimmer, gnädige Frau. Wurde gestern abend in einer Bucht am Strand von einem Stein getroffen. Ich hoffe, daß ihre Verletzung indessen nicht ernstlich ist."

„Bitte, Karl, hole mir die Arzneitasche aus dem Wagen. Arnikaumschläge werden ihr gut tun, oder Essigsaure Tonerde. Wenn sie fiebert, müssen wir morgen wiederkommen."

Ehe sie ihren Mann zur Tür hinausschob, brachte der doch noch seine bündige Meinung an:

„Ich sage, das ist eine verdammt kitzlige Geschichte! Und der Klabautermann soll mich lotweise holen, wenn da man nicht Klaas Sörensen die Hand bei im Spiel hat."

Frau Beate in ihrer milden Denkart glaubte Brinkmann entschuldigen zu müssen:

„Klaas Sörensen ist seine Schwäche. Er kann ihn einfach nicht leiden."

„Mit Recht, gnädige Frau," sagte Rolf Hartung ernst, „denn Klaas Sörensen ist mehr als ein Spökenkieker: ein Mann, der kaltblütig Verbrechen begeht, um das Schicksal nach seinem Willen zu korrigieren!"

Ein wenig verwundert schüttelte Beate den Kopf, dann reichte sie Rolf die Hand und ging auf den Flur, zu ihrem Mann.

*

Mutter Tedjen holte schneeweißes Linnen aus dem Schrank. Liebkosend strich sie über jedes einzelne Teil, ihre Aussteuer, die Jahrzehnte überdauert. Handgewebt und in der Spinnstube gewonnen, damals, als sie Dietrich kennenlernte...

Fröhliche Abende waren des Winters, reihum bei den heiratsfähigen Mädels des Dorfes. Munterer Gesang und Scherzworte verkürzten die traulichen Zusammenkünfte, bei denen sich manch festes Fundament gründete für spätere Ehen.

(Fortsetzung folgt.)